

Gemeinderat Hardheim (I): Gemeinderat steht geschlossen hinter dem Krankenhaus / Erweiterung der chirurgischen und gynäkologischen Praxen sowie der OP-Nebenräume

Erweiterung „hochgradig sinnvoll“

Der Hardheimer Gemeinderat steht geschlossen hinter dem örtlichen kommunalen Krankenhaus und ist auch bereit, viel zu investieren, um dieses für die Zukunft fit zu machen.

Von unserem Redaktionsmitglied
Ingrid Eirich-Schaab

ERFELD/HARDHEIM. Krankenhausverwalter Ludwig Schön hatte gut lachen: Anders als bei der Sozialstation („Essen auf Rädern“) hält es der Gemeinderat für sinnvoll und notwendig, weitere Mittel für das Krankenhaus Hardheim bereitzustellen. Dort soll, neben dem bereits genehmigten und bezuschussten Anbau eines Bettentraktes, kurzfristig ein weiterer Anbau zwischen der Rettungswache und dem Krankenhaus entstehen. Er dient der dringend erforderlichen Erweiterung der chirurgischen Praxis im Erdgeschoss sowie der OP-Nebenräume (erstes Obergeschoss) und der gynäkologischen Praxis im zweiten Obergeschoss.

Fördermittel wurden bereits vom Regierungspräsidium in Aussicht gestellt. Die Gemeinde muss hierfür

weitere 600 000 Euro aufbringen. Schön hatte das Vorhaben in der Gemeinderatsitzung am 24. Juli vorgestellt. „Durch die kontinuierliche Erweiterung des medizinischen Leistungsspektrums und die größere Anzahl von Belegärzten sind unsere räumlichen Kapazitäten bei Sprechzimmern, Behandlungs- und Wartebereichen schon wieder an ihrer Grenze angelangt“, so der Verwalter. Auch den Auflagen im Hygienebereich müsse man gerecht werden.

„Dringender Handlungsbedarf“

Dringenden Handlungsbedarf sahen auch alle drei Gemeinderatsfraktionen. So stimmte das Gremium bei drei Gegenstimmen (Erklärung folgt weiter unten) der Erweiterung zu und beauftragte die Krankenhausverwaltung, die Bezuschussung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe zu klären. Um Zeit und Kosten zu sparen, wird der zusätzliche Anbau zeitgleich mit dem bereits beschlossenen und genehmigten Erweiterungsbau ausgeschrieben und durchgeführt.

„Die CDU hat sich intensiv mit dem Projekt beschäftigt. Auch wir halten es für hochgradig sinnvoll, beide Anbaumaßnahmen miteinander



Zwischen der chirurgischen Praxis (rechts im Bild) und der Rettungswache soll ein weiterer Anbau ans Hardheimer Krankenhaus entstehen. Der Gemeinderat stimmte dem Bausuch zu. BILD: INGRID EIRICH-SCHAAB

der zu verbinden“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Ingo Großkinsky. „Die CDU unterstützt das Vorhaben.“ Großkinsky sprach von einem „kleinen Leuchtturm, der nach außen leuchtet“. Das Krankenhaus habe inzwischen einen sehr guten Ruf. Es sei erfreulich, dass es so angenommen und dort so viel operiert werde.

„Notwendigkeit ist gegeben“

Dem pflichtete Klaus Schneider von den Freien Wählern vollauf bei. Die FWU sehe durchaus die Notwendigkeit der Erweiterung und den Raumbedarf der Praxen. Allerdings sei die

Finanzierung noch nicht endgültig gesichert. So seien die Freien Wähler mit dem Zeitplan und der sofortigen Umsetzung nicht ganz einverstanden.

Die gute medizinische Versorgung der Bürger habe auch bei der SPD-Bürgerliste Priorität, so deren Fraktionsvorsitzender Manfred Böhler. Mit Ärzten sei Hardheim inzwischen personell gut ausgestattet. Die Nachfrage der Patienten sei so groß, dass es gerade vor der chirurgischen Praxis oft lange Warteschlangen gebe. „Deshalb sind wir in der Pflicht, die baulichen Voraussetzun-

gen für eine gute Arbeit im Krankenhaus zu schaffen. Wir wollen kein Stückwerk“, so der Vertreter der SPD-Bürgerliste.

„Außerdem fehlt eine Cafeteria“, konstatierte Manfred Böhler. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, noch eine solche im Krankenhaus oder in Krankenhaus-Nähe zu errichten und eventuell örtliche Betreiber oder Bäcker einzubinden.

„Wir werden eine Fläche für eine Cafeteria auf jeden Fall freihalten“, sicherte Bürgermeister Rohm zu. Aber deren Einrichtung sei noch „Zukunftsmusik“.

Gemeinderat Hardheim (II): Kein Geld für die Umstrukturierung von „Essen auf Rädern“

Investitionskostenzuschuss für Sozialstation abgelehnt

HARDHEIM. Die Gemeinde Hardheim wird keinen Zuschuss für die Umstrukturierung des Angebots „Essen auf Rädern“ zahlen. Das beschloss der Gemeinderat in seiner Sitzung am Donnerstag in Erfeld, und lehnte mit neun Ja- und drei Gegenstimmen einen entsprechenden Antrag der kirchlichen Sozialstation Hardheim-Höpfingen-Waldlärn ab. Dieser war in der Gemeinderatsitzung am 24. Juli von Bernhard Berberich, dem Vorsitzenden der Sozialstation, erläutert worden (die FN berichteten).

Insgesamt erhoffte sich die Sozialstation einen Investitionskostenzuschuss von 30 000 Euro im Gemeindeverwaltungsverband. Die Kosten sollten entsprechend der Einwohnerzahl auf die Kommunen umgelegt werden. Höpfingen und Waldlärn haben ihre Unterstützung zugesagt. Auf Hardheim wäre ein zu zahlender Betrag von 10 000 Euro, gesplittet auf fünf Jahre, zugekommen.

Dr. Ingo Großkinsky würdigte die segensreiche Arbeit der Sozialstation. Das Angebot „Essen auf Rädern“

– so seine persönliche Meinung – sei allerdings eine privatrechtliche Tätigkeit, die nicht von der Gemeinde finanziell unterstützt werden sollte. Dieser Ansicht schloss sich Klaus Schneider an.

Lars Ederer sah dies anders: Aus seiner Erfahrung gehe es bei den Beziehern dieses Essensangebotes in erster Linie um sozial schwächere Bürger und deshalb sei es gut, wenn die Gemeinde einen Zuschuss gewähre. „Ich glaube, die 2000 Euro kann man fünf Jahre lang an anderer Stelle gut einsparen. Wenn man dem

Slogan ‘Hardheim gefällt mir’ gerecht werden will, sollte man auch an die sozial Schwächeren denken“, so Ederers Credo.

„Viele Menschen wünschen sich, zu Hause alt zu werden.“ Lars Ederer sah darin auch ein gemeinsames Interesse, das den Zuschuss rechtfertige.

Eric Bachmann plädierte für eine geringere finanzielle Unterstützung. „Förderung ja, aber nicht in dieser Höhe“, so der Freie Wähler. Sein Vorschlag wurde vom Gemeinderat ebenfalls abgelehnt. *i.E.*

Zu „Essen auf Rädern“

Stellungnahme der Sozialstation

HARDHEIM. Wie geht es nun mit dem Angebot „Essen auf Rädern“ der Sozialstation weiter? „Die Situation ist so, dass der Vorstand in Erwartung einer Entscheidung, zumindest in der Sitzung zur Neuorganisation des Menü-Services einschlagen musste, da aus vertraglichen und organisatorischen Gründen ansonsten eine Versorgung der Bevölkerung mit warmen Mahlzeiten für eine gewisse Zeit ausgefallen wäre. Der Grund lag in der Vertagung der Entscheidung des Hardheimer Gemeinderates.“ Für den Fall, dass die Entscheidung im Hardheimer Gemeinderat so ausfallen würde, wie sie nun ausgefallen ist, haben uns Privatpersonen ihre Unterstützung mit Spendenmitteln – zumindest im ersten Jahr – zugesagt. Die Kirchengemeinden stehen als Träger der Sozialstation natürlich im Obligo.

Jetzt ist es wichtig, dass die Verunsicherung der Bevölkerung durch den Beschluss des Hardheimer Gemeinderates nicht zur Verzweiflung der Betroffenen und deren Angehörigen führt. Sie sollen nicht befürchten müssen, dass der bisher schon subventionierte Dienst von der Sozialstation eingestellt wird. *i.E.*

i Am gestrigen Abend fand eine Vorstandssitzung statt, bei der das Thema Menü-Service auf der Tagesordnung stand.

Gemeinderat tagte in Erfeld: Kosten stehen in keiner Relation zur Nutzung / Bereits gewährter Zuschuss wird zurückgezahlt

Das ehemalige Rathaus wird nicht saniert

ERFELD. Zahlreiche Zuhörer hatten sich zur ersten Gemeinderatsitzung nach der Sommerpause am Donnerstag in der „Kirchbergklausur“ in Erfeld eingefunden. An diesem Abend ging es unter anderem um das ehemalige Rathaus in Erfeld und die Frage, ob die Gebäudehülle energetisch saniert werden soll. Damit sollte Feuchtigkeitsschäden und Schädigungen des Mauerwerks sowie einem weiteren Verfall vorge-

beugt werden. In einer langen Aussprache wurde unter anderem erörtert, ob die Nutzung die zu erwartenden hohen Ausgaben in Höhe von 95 000 Euro rechtfertigt. Schließlich würden trotz des bereits bewilligten Zuschusses von knapp 40 000 Euro 55 000 Euro von der Gemeinde zu finanzieren sein.

„Das 1925 errichtete Gebäude ist äußerlich wie im Innern in einem schlechten Zustand.“ Insofern be-

stehe seit rund zehn Jahren der Wunsch, das ehemalige Rathaus zu sanieren, erläuterte Erfelds Ortsvorsteher Thomas Leithold. Das Haus stehe an einer Seitenstraße, nicht an der Ortsdurchfahrt, und ist auch nicht denkmalgeschützt.

Bei einer Dämmung gehe der Charakter des Hauses verloren, gab Leithold zu bedenken. Auch mache eine Sanierung nur Sinn, wenn eine wirtschaftliche Nutzung vorhanden wäre. Derzeit finde das Haus als Obdachlosenunterkunft Verwendung, informierte Kämmerer Bernd Schretzmann; eine Wohnung und die Dachfläche für eine Photovoltaikanlage seien vermietet.

Grundsätzlich habe sich der Ortschaftsrat für eine Sanierung ausgesprochen, aber er stehe auch einer Veräußerung des Gebäudes offen gegenüber, so der Ortsvorsteher.

„Nach einer Fassadensanierung ist das Haus außen hü und innen pfui“, formulierte es Lars Ederer salopp. Schließlich gebe es noch nicht einmal eine Heizung. „Innen kommen garantiert noch viele Folgekosten auf uns zu“, warnte Ederer. Außerdem müsse das Gebäude bei einer Annahme der Zuschüsse noch mindestens 15 Jahre im Besitz der Gemeinde bleiben.

Dieser Ansicht schlossen sich Manfred Böhler („Wir tun ein Fass ohne Boden auf“) und Sandra Hörner an. Klaus Schneider sah das äh-

lich: „Für Ortschaftsrat und Vereine hat das Gebäude keine so große Bedeutung, dass man so viel Geld ausgeben muss.“

Kaspar Wolf erkundigte sich nach dem Zustand des Daches. Dieses sei soweit in Ordnung, hieß es.

Die Sanierung sei ein langjähriger Wunsch des früheren Ortsvorstehers Peter Czermel gewesen, erläuterte Bürgermeister Rohm. „Wenn wir nicht sanieren, müssen wir den Zuschuss zurückzahlen.“

„Eine Veräußerung wäre das Beste“, brachte Sigg Horn die Aussprache auf den Punkt. Der neue Besitzer könne dann das Haus nach eigenem Gusto gestalten und die Gemeinde habe nicht 15 Jahre lang einen Leerstand.

Bei drei Enthaltungen lehnte der Gemeinderat eine Sanierung ab. Der Zuschuss wird zurückgezahlt. Was mit dem Gebäude weiter geschieht, muss in einer weiteren Sitzung entschieden werden.

Für Dienstfahrten der Feuerwehrleute mit Privat-Pkw zu Feuerwehrterminen, so der nächste Tagesordnungspunkt, wird es künftig eine Reisekostenvergütung geben. Anders bei Fahrten mit gemeindeeigenen Fahrzeugen. Entsprechend beschloss der Gemeinderat eine Änderung der Feuerwehrrechtsänderungssatzung. Die Waldbegehung des Gemeinderates findet am Freitag, 13. Oktober, statt. *i.E.*



Das ehemalige Rathaus in Erfeld (Bild) wird nicht saniert. Eine lange Aussprache im Gemeinderat befasste sich mit dem Thema. BILD: GEMEINDERAT HARDHEIM

Gemeinderat stimmte zu

Museum wird neu geordnet

ERFELD/HARDHEIM. Über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überarbeitung der Museumskonzeption im Erfeldal-Museum war der Gemeinderat am 24. Juli durch den Vorstand des Museumsvereins sowie Peter Wanner informiert worden. Bei einem Rundgang wurden den Bürgervertretern die vorhandenen Schwächen und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Die letzte Neuordnung des Museums erfolgte 1984/86. Damals erstellte Peter Wanner das Konzept, wie Bürgermeister Rohm in der Sitzung am Donnerstag in Erfeld informierte. Nun soll das Museum an die Erfordernisse der Zeit angepasst und fit gemacht werden für die Zukunft. Wanner wäre bereit, so der Rathauschef, eine grundsätzliche Neukonzeption auszuarbeiten und zu begleiten. Dem stimmte der Gemeinderat als Träger des Museums zu.

In einem ersten Anlauf wären rund 10 000 Euro erforderlich, hieß es. Wie und von wem das Geld aufgebracht werden soll und welchen Beitrag die Gemeinde dazu leisten kann, soll auf Vorschlag von Dr. Ingo Großkinsky – dem Vertreter des Gemeinderates im Museumsverein – in einem weiterführenden Gespräch zwischen Gemeinde, Museumsverein und Landratsamt geklärt werden. „Wir sehen die Notwendigkeit einer Neukonzeption und unterstützen diese. Es ist gut angelegtes Geld“, so Großkinsky. Es gelte in diesem Zusammenhang auch, neue, junge ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden. Eric Bachmann hatte vorgeschlagen, das Landratsamt wegen möglicher Zuschüsse einzubeziehen. *i.E.*

Bodenverbesserung: 1200 Hektar Fläche bis 2020 im Visier

Weitere Waldkalkungen

HARDHEIM. 1200 Hektar Waldboden auf Buntsandstein sollen im Gemeindegebiet Hardheim bis 2020 gekalkt werden. Auf 370 Hektar Fläche im Honert erfolgt gerade die Kalkung. 2018 sollen weitere 278 Hektar im Bereich Dornberg, Vollmersdorf und links der Erfa bis zur Zölz folgen, um auf dem sowieso schon sauren Waldboden die Einwirkung von saurem Regen zu kompensieren.

Veranschlagt hierfür sind Nettokosten in Höhe von 87 000 Euro. Bei einer Förderung von 90 Prozent ergibt sich für den Gemeindehaushalt

eine Belastung von 8700 Euro, wie Kämmerer Bernd Schretzmann den Gemeinderäten erläuterte. Dem stimmte das Gremium zu. „Der Wald führt uns jedes Jahr sechsstelligen Beträge ein, jetzt sollten wir etwas für dessen Gesundheit tun“, so Bürgermeister Rohm.

Bereits Ende der 90er Jahre sei auf den Buntsandsteinflächen im Gemeindewald Gesteinsmehl ausgebracht worden, informierte Rohm. Um die erforderliche Zusammensetzung zu ermitteln, wurden bereits Bodenproben genommen. *i.E.*

Gemeinderat in Kürze

■ Auch auf der Rückseite der alten Realschule werden die Fenster ausgetauscht. Die neuen Fenster auf der Vorderseite (1. Bauabschnitt) hätten das Erscheinungsbild des Gebäudes im historischen Umfeld deutlich verbessert, so Bauamtsleiter Friedrich Ansmann. Die Energieeinsparung mache sich positiv bemerkbar. Nun sollen die Fenster auf der Rückseite folgen (2. Bauabschnitt). Aus dem Ausgleichsstock gibt es hierfür 54 000 Euro. Der Gemeinderat vergab den Auftrag an die Firma Weidinger aus Schweinberg zum Angebotspreis von 77 077 Euro.

■ Gemeinderat Arnold Knörzer regte an, für Schweinberg eine Karte zu erstellen, in der die FFH- und Vogel-schutzgebiete eingezeichnet und erläutert sind.

■ Bei den Gebäuden der Bauogenschenschaft Familienheim am Marktplatz in Hardheim soll die Fassade renoviert werden. In regelmäßigen Abständen wurden deren Zustand von Gemeinderäten kritisiert. Der Aufsichtsrat des genossenschaftlichen Wohnungsunternehmens habe am Donnerstag eine Besichtigungsrundfahrt unternommen, informierte Bürgermeister Rohm, bei der auch diese Anwesen auf dem Programm standen. An der Außenwand der Gebäude seien verschiedene Farbproben aufgebracht. Bis August 2018 soll über eine neue Oberfläche oder einen anderen Farbanstrich entschieden werden. *i.E.*